

Wer keine Papiere hat, geht nicht zum Arzt

Coronavirus Kein Ausweis, keine Arbeit: Sans-Papiers sind besonders betroffen.

Es sind reine Schätzungen. Doch die Zahl der Menschen, die ohne Aufenthaltsbewilligung mehr als einen Monat im Kanton Zürich leben, ist hoch. Die meisten von ihnen arbeiten im Kleingewerbe, etwa als Putzfrau oder Betagtenbetreuer. Diese Bereiche sind von der Corona-Krise besonders gebeutelt – und mit ihnen die Sans-Papiers. Die Existenzgrundlage kommt diesen abhanden. Und da sie illegal arbeiten, haben sie kein Anrecht auf Arbeitslosengeld und Sozialhilfe. Zudem hausen viele Sans-Papiers in engen Wohnverhältnissen. Eine Quarantäne wäre besonders schwierig.

Deshalb sammeln die Sans-Papiers-Anlaufstelle Zürich und der Verein Züri City Card jetzt Spenden für Lebensmittelgutscheine und Krankenkassenbeiträge. Zudem können digital Briefe an die Sans-Papiers versandt oder Kinderhüteangebote gemacht werden, wie die beiden Organisationen mitteilen.

Viele aus Lateinamerika

Rund 19'000 Sans-Papiers leben im Kanton Zürich. Das zeigt eine Studie von Ecoplan und KEK Beratung, die kürzlich veröffentlicht wurde. Die meisten von ihnen reisten ohne Visum oder illegal ein und stammen aus Lateinamerika. Die zweitgrösste Gruppe umfasst Menschen aus europäischen Ländern ausserhalb der EU und der Efta, danach folgen Gruppen aus Asien und Afrika. Das Migrationsamt und das Amt für Wirtschaft und Arbeit hatten die Studie in Auftrag gegeben. Öffentliche Statistiken, Daten aus dem Kanton, bestehende Untersuchungen und Experteninterviews wurden dabei berücksichtigt.

Zudem leben im Kanton Zürich rund 2500 Sans-Papiers, die eine ausländerrechtliche Bewilligung hatten, diese aber verloren haben und nicht mehr ausgereist sind. Bei ihnen ist der Anteil jener aus den europäischen Nicht-EU- und -Efta-Ländern am höchsten. Rund 1500 weitere Personen ohne Aufenthaltsbewilligung stammen aus dem Asylbereich, die meisten aus Afrika. Die grosse Mehrheit der Sans-Papiers ist alleinstehend und zwischen 18 und 45 Jahre alt, schätzt die Studie.

Viele sind wegen des einst funktionierenden Arbeitsmarkts eingereist. Mit der temporären Arbeit wollen sie ein besseres finanzielles Auskommen finden und gleichzeitig ihre Angehörigen im Heimatland unterstützen. Obwohl die meisten Sans-Papiers eigentlich nur vorübergehend hier arbeiten wollen, bleiben sie oft länger. Privathaushalte sind

mit 34 Prozent die häufigsten Arbeitgeber von Sans-Papiers, die Reinigungs-, Betreuungs- und Pflegeaufgaben erfüllen. Rund ein Fünftel ist in Coiffeur- oder Beautysalons oder bei Transport- und Umzugsunternehmen tätig. Daneben sind Landwirtschaft, Bau und Sexgewerbe weitere Arbeitszweige.

Härtefall nach zehn Jahren

Im Kanton Zürich haben Sans-Papiers dank niederschwelliger Angebote wie Meditrina des Schweizerischen Roten Kreuzes zwar einen Zugang zur Gesundheitsversorgung. Aber ein Gang zum Arzt ist für sie noch immer mit der Angst verbunden, entdeckt zu werden. Meist haben sie auch keine Krankenversicherung und suchen deshalb erst dann einen Arzt auf, wenn sie schon schwer krank sind. Viele Sans-Papiers warten auch zu, wenn sie sich möglicherweise mit dem Coronavirus infiziert haben.

Rund 2000 bis 3700 Sans-Papiers erfüllen die zeitlichen Voraussetzungen für eine sogenannte Härtefallregelung. Das heisst, sie halten sich zehn Jahre und länger in der Schweiz auf. Sie können ein Gesuch um Anerkennung stellen, womit sie eine Aufenthaltsbewilligung erhalten würden, wenn sie folgende Voraussetzungen mitbringen: Sie und auch ihre Familienmitglieder müssen gut integriert und dürfen nicht straffällig geworden sein, die finanziellen Verhältnisse müssen stimmen, und eine Rückkehr ins Heimatland muss unzumutbar sein.

Postulat im Kantonsrat

Dafür müssen die Sans-Papiers aber ihre Identität offenlegen, was risikoreich ist: Wird das Gesuch abgelehnt, droht die Zwangsausschaffung. Die Härtefallkommission nimmt jeweils zur Beurteilung des Migrationsamts Stellung, die abschliessende Bewilligung erteilt der Bund.

Die überparteiliche Diskussionsplattform Secondas begrüsst die sogenannte Regularisierung von gut integrierten Sans-Papiers, also den Willen der Behörden, Härtefälle vermehrt anzuerkennen. Ein Leben ohne Aufenthaltsbewilligung sei nicht nur für die Betroffenen unzumutbar, «sondern auch für die Gesellschaft und die staatlichen Organe unerträglich», schreibt Secondas. Im Kantonsrat bereiten Grüne und SP ein Postulat mit der Forderung zur Regularisierung vor.

Ev Manz



Keine Sozialhilfe, kein Arbeitslosengeld: Sans-Papier. Foto: Urs Jaudas